

XXII. GP.-NR

3288 /J

08. Juli 2005**ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Günther Kräuter
und GenossInnen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend Rückerstattung der Kosten der Geburtstagsparty von Staatssekretär Franz Morak

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den vernichtenden Bericht des Rechnungshofes zur Causa "Kunsthistorisches Museum" hat Frau Ministerin Elisabeth Gehrler im Rechnungshofausschuss auf eine Frage des SPÖ-Rechnungshofsprechers eine sehr seltsam anmutende Antwort gegeben. Kräuter hatte gefragt, ob sie der Meinung sei, dass Staatssekretär Franz Morak die Kosten seiner Geburtstagsparty, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurde, was auch vom Rechnungshof scharf kritisiert wurde, dem Steuerzahler zurückerstatten solle. Gehrler hatte geantwortet, "sie gäbe keine Ratschläge, denn Ratschläge könnten manchmal Schläge sein". Da in der Plenardebatte zum KHM-Skandal in der 116. NR Sitzung XXII. GP am 7.7.2005 die erneut an Ministerin Gehrler gerichtete Frage, ob Morak das Geld zurückzuzahlen habe, nicht beantwortet wurde und der bei dieser Plenardebatte anwesende Bundeskanzler diese Frage auch nicht beantwortet hatte, richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Was meinten Sie mit der Formulierung, dass ein Ratschlag an Morak, er solle das Steuergeld, mit dem seine Geburtstagsparty bezahlt wurde, zurückzahlen, als "Schlag" zu bewerten sei?
2. Warum haben Sie in der öffentlichen Plenardebatte die Antwort auf die Frage glatt verweigert?

DVR 0636746

3. Welche Kosten hat die Geburtstagsparty Moraks verschlungen?
4. Wurde Staatssekretär Morak auch mit einem Geschenk bedacht, wenn ja mit welchem und was hat es gekostet?
5. Wer hatte die Kosten eines allfälligen Geburtstagsgeschenkes zu tragen?
6. Bleiben Sie trotz der Ausführungen des Rechnungshof-Präsidenten Josef Moser in der Plenardebatte bei Ihrer öffentlichen Darstellung vom 7.7 2005, dass es weder "Misswirtschaft noch Geldverschwendung" im Kunsthistorischen Museum gegeben habe?
7. Bewerten Sie verbotene Inschlaggeschäfte bzw. Selbstkontrahierung (Rechnungshof-Feststellung, Bericht Seite 45 zum Autokauf bzw. Verkauf Seipels) nicht als Misswirtschaft und die Gehaltsexplosion Seipels, die vom Rechnungshof auf Seite 43 mit "keinesfalls privatwirtschaftlichen Grundsätzen entsprechend" bewertet wird, nicht als Geldverschwendung?
8. Wenn nein, warum nicht?

Wölg
Moser

Kesh
Brindewitz
Hilf Wollert